

50 Jahre Staatsdefizit

Frankreich handelt verantwortungslos

ERIKA BURRI

Ende März wurde bekannt, dass der französische Haushalt 2023 erneut im Minus abgeschlossen hat, und zwar noch schlechter als erwartet: Das Land verbucht eine Neuverschuldung von 5,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Bis 2026, so gab das Finanzministerium vor einer Woche bekannt, wird sich das Minus weiterhin um 5 Prozent des BIP bewegen. Der Schuldenberg wird somit auch in den nächsten Jahren wachsen: 3100 Milliarden Euro ist der neue Rekord im Moment. Das macht 45 500 Euro pro Einwohner. Der Präsident, der sich seit 2017 sichtlich bemüht, Frankreich zu reformieren, darf noch ein weiteres, denkwürdiges Jubiläum feiern: Seit fünfzig Jahren hat Frankreich keinen ausgeglichene Haushalt mehr vorweisen können – also länger, als Emmanuel Macron alt ist.

Verheerend ist, dass sich inzwischen Generationen von Bürgern daran gewöhnt haben, dass immer Geld da war, wenn welches benötigt wurde oder wenn Anspruchsgruppen mit Streik und wochenlangen Demonstrationen ihre Anliegen dem Staat abringen. Bis weit in die politische Mitte hinein ignorieren französische Politiker spätestens seit François Mitterrands Präsidentschaft die Marktmechanismen. Dem Kapitalismus sagte Frankreich, damals in den Achtzigerjahren, regelrecht den Kampf an.

Die Folge davon: Frankreich ist inzwischen nach Griechenland und Italien das EU-Land mit den dritthöchsten Schulden gemessen an der Wirtschaftskraft. Das Leben auf Pump ging in den letzten Jahren einigermaßen gut, weil die Zinsen tief waren. Doch im vergangenen Jahr brauchte der Staat über 50 Milliarden Euro, nur um die Schulden zu bedienen. Das ist um einiges mehr als das Arbeitslosengeld, das Frankreich 2023 verteilte. Die Franzosen nehmen es hin und bezahlen für ihren grosszügig ausgebauten Sozialstaat so viele Abgaben wie fast niemand in der EU. Und nun noch einmal die Steuern erhöhen?

Die überbordende Verschuldung ist für Frankreich nicht nur innenpolitisch eine Hypothek, weil sich der Spielraum für die Politik damit immer weiter verkleinert und drastische Massnahmen schnell den inneren Frieden gefährden können. Auch für eine glaubwürdige Aussenpolitik ist es problematisch, wenn die zweitgrösste Wirtschaft der Europäischen Union finanziell so angeschlagen ist.

Einerseits wird von Frankreich erwartet, dass das Land Verantwortung übernimmt. Das will Frankreich auch. Zumindest rhetorisch meldet Präsident Macron Anspruch auf Meinungsführerschaft an und beglückt Europa und die Welt mit seinen Ideen. Doch wer nimmt ein Land ernst, das seinen Haushalt nicht im Griff hat und nur schwer reformierbar ist?

Es ist so gut wie sicher, dass die EU, die schon alles für die Rettung des kleinen Griechenland getan hat, das grosse Frankreich nicht fallenlassen würde.

Andererseits: Wegen der prekären Finanzlage fällt die Finanz- und Militärhilfe an die Ukraine in eher symbolischen Dimensionen aus. Ausgerechnet Frankreich, das in der Geschichte Europas so sehr für Freiheit steht, kann die Ukraine im Kampf gegen den illiberalen russischen Autokraten nicht unterstützen.

Mit dem Krieg in der Ukraine sind die Länder Europas schon stark gefordert. Was aber passiert mit Frankreich, wenn sich der finanzielle Krisenmodus noch weiter verschärft? Wird die zweitgrösste Volkswirtschaft der EU bald zahlungsunfähig? Daran mag im Moment niemand denken, und die Gefahr besteht auch nicht unmittelbar. Doch Reserven hat Frankreich nicht mehr. Es ist so gut wie sicher, dass die EU, die schon alles für die Rettung des kleinen Griechenland getan hat, das grosse Frankreich nicht fallenlassen würde. Natürlich kalkuliert Frankreich die implizite Unterstützung der nördlichen EU-Länder zynisch in seiner Schuldenpolitik ein. Doch auch das hat Grenzen und ist riskant.

Es zeigt letztlich auch, wie verantwortungslos die Franzosen handeln. Ein halbes Jahrhundert Staatsdefizit – das sollte Anlass genug sein, endlich breit darüber zu diskutieren, wie es weitergehen soll in Frankreich. Und mit einem Sparkurs und rigorosem Schuldenabbau Verantwortung für sich selber, aber auch für Europa zu übernehmen.

Deutscher Finanzhaushalt

Steuererhöhungen sind keine Option

RENÉ HÖLTSCI, BERLIN

Haushaltsverhandlungen sind nie einfach. Doch dieses Jahr könnte die Festlegung des deutschen Bundeshaushalts 2025 die deutsche Ampelregierung an den Rand des Koalitionsbruchs bringen. Schon der Auftakt verläuft nicht nach Plan: Hatte der liberale Finanzminister Christian Lindner seine Kabinettskollegen Anfang März aufgefordert, bis an diesem Freitag Sparvorschläge für ihre Ressorts vorzulegen, musste er die Frist inzwischen bis am 2. Mai verlängern. Laut Lindners Schreiben vom März sollen sich die Ministerien an die Finanzplanung aus dem vergangenen Sommer halten. Diese sah für 2025 auf Bundesebene Gesamtausgaben von 452 Milliarden Euro vor. Das sind 25 Milliarden weniger, als für das laufende Jahr geplant sind. Zudem bestehe selbst bei Einhaltung des aktualisierten Finanzplans ein «weiterer struktureller Konsolidierungsbedarf», weshalb alle Ressorts weitere Einsparmöglichkeiten in ihrem Bereich entwickeln müssten, heisst es im Brief.

Tatsächlich ist die finanzpolitische Party aus mehreren Gründen vorbei. Erstens hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom November den Spielraum stark eingeschränkt, über haushaltspolitische Tricks und Nebenhaushalte die Schulden-

bremse zu umgehen. Zweitens hat Deutschland langjährige Versäumnisse in Bereichen wie Infrastruktur und Verteidigung nachzuholen, was viel Geld kostet. Drittens sind die Zinsausgaben des Bundeshaushalts im Gefolge der Zinswende und des Anstiegs der Staatsverschuldung in den Krisenjahren in die Höhe geschossen. 2023 waren sie laut dem Bundesrechnungshof mit 38 Milliarden Euro fast zehnmal so hoch wie zwei Jahre zuvor. Viertens steckt das Land in einer Wachstumsschwäche, die sich auch auf die Steuereinnahmen auswirkt.

In einer solchen Lage gibt es aus ordnungspolitischer Sicht nur eine Antwort: Die Politik muss Prioritäten setzen. Der Staat müsste ein Konsolidierungsprogramm einleiten, das niemanden schont, alle Subventionen auf den Prüfstand stellt und auch vor Rentenreformen und einem gezielteren Einsatz der Sozialleistungen nicht zurückschreckt. Denn Steuererhöhungen sind im Hochsteuerland Deutschland keine Option, will es die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht weiter schwächen. Und höhere Schulden schaffen neue Probleme, unter anderem in Form noch höherer Zinslasten.

Eine solche Konsolidierung ist nicht in einem Jahr zu schaffen. Es müssen Gesetze geändert werden, Bürger und Unternehmen müssen sich auf Kürzungen einstellen können. Sie muss aber dringend

In einer solchen Lage gibt es aus ordnungspolitischer Sicht nur eine Antwort: Die Politik muss Prioritäten setzen.

gestartet werden, weil 2028 noch ganz andere Herausforderungen anstehen: Zum einen wird dann das «Sondervermögen Bundeswehr» aufgebraucht sein, und das Nato-Ziel für die Verteidigungsausgaben muss vollständig aus dem laufenden Haushalt bestritten werden. Zum andern beginnt dann die Rückzahlung der für die Bundeswehr und die Corona-Pandemie aufgenommenen Sonderkredite.

Finanzielle Prioritäten setzen aber kann nur, wer sich über die politischen Prioritäten einig ist. An diesem Konsens fehlt es der heterogenen «Ampel» schmerzlich, seit sie das akute Krisenmanagement hinter sich lassen konnte. Zudem haben die Bauernproteste zu Jahresbeginn illustriert, wie gering im saten Deutschland die Akzeptanz jeder Kürzung ist. Umso schwerer dürften sich Politiker jeder Couleur mit Konsolidierungsanstrengungen ausgerechnet im Wahljahr 2025 tun. Kein Wunder, hagelt es aus dem Kreis der Grünen und der Sozialdemokraten weiterhin Ideen zur Aussetzung oder Aufweichung der Schuldenbremse – was die FDP bis jetzt ablehnt.

Wie sich die «Ampel» in dieser Lage zu einem Haushalt durchringen soll, bleibt schleierhaft. Die Verhandlungen hätten das Potenzial, die Koalition zu sprengen – wären nicht die Umfragewerte aller drei Parteien so schlecht, dass sie zum gemeinsamen Sichdurchwursteln fast schon gezwungen sind.

Verbot von Hitlergruss und Hakenkreuz

Mehr als nur Symbolpolitik

MARC TRIBELHORN

Niemand hat diese helvetische Absurdität plakativer beschrieben als die Mitte-Politikerin Marianne Binder: «In der Schweiz ist es verboten, einen Sonnenschirm mit einer Marlboro-Aufschrift aufzustellen. An einer Demo mit einer Hakenkreuzfahne aufzutreten, gehört dagegen zur Meinungsfreiheit und ist erlaubt.» Binder, inzwischen Aargauer Ständerätin, setzte sich schon vor Jahren dafür ein, dass auch hierzulande Symbole des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum verboten werden. Bis heute sind sie es nicht, oder präziser: nicht per se.

Die Anti-Rassismus-Strafnorm, die seit 1995 in Kraft ist, verbietet zwar die öffentliche Verbreitung von Ideologien, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung von Personen «wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung» gerichtet sind. Doch strafbar macht sich nur, wer propagandistisch wirkt. Eine bloss öffentliche Verwendung, also ohne werbenden Charakter, spricht: die bloss Zurschaustellung der eigenen braunen Gesinnung, wird in der Schweiz nicht geahndet.

Wo hört das eine auf, wo fängt das andere an? Kann jemand ein T-Shirt mit SS-Runen oder Hitler-Konterfei tragen, ohne gleichzeitig für eine rassistische Ideologie zu werben? Wenig überraschend

hat sich eine uneinheitliche und haarspalterische Gerichtspraxis etabliert. Das soll sich nun ändern. Eine grosse Mehrheit des Parlaments setzt sich für eine rasche Verschärfung ein, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des erschreckenden Anstiegs antisemitischer Vorfälle in der Schweiz. Am Mittwoch hat der Nationalrat drei entsprechende Motionen überwiesen, die allesamt ein Verbot der öffentlichen Verwendung von extremistischen, gewaltverherrlichenden und rassistischen Symbolen zum Ziel haben. Dagegen war nur die SVP, die das Problem auf peinliche Weise kleinzureden versuchte. Jetzt ist der Justizminister Beat Jans am Zug.

Die Landesregierung hatte lange nichts von einer Verschärfung wissen wollen. Es sei schwierig, eine abschliessende Liste verbotener Symbole zu definieren, es würde zu Anwendungsproblemen führen, es gäbe keinen praktischen Mehrwert für die Bevölkerung. Und überhaupt sei Prävention besser als Repression. So lautete die immergleiche Begründung. Nun hat auch der Bundesrat ein Einsehen, dass das Abspulen formaljuristischer Argumente der Situation längst nicht mehr gerecht wird.

Das Hauptproblem einer Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm bleibt indes erhalten: Wo genau soll die Grenze der Strafbarkeit gezogen werden? Welche extremistischen Symbole sollen verbo-

Das Hauptproblem einer Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm bleibt erhalten: Wo genau soll die Grenze der Strafbarkeit gezogen werden?

ten werden – von der Antifa über die Hamas-Flagge bis zum Z von Putins Truppen? Genau solche technischen Fragen haben ähnliche Vorhaben in den letzten 20 Jahren wieder versanden lassen.

Parlament und Bundesrat haben daraus gelernt und einen guten Weg gefunden. In einem ersten Schritt geht es allein darum, die klassischen und unbestrittenen Nazi-Symbole zu verbieten. Sie stehen für die industrielle Vernichtung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden, für ein menschenverachtendes Regime, für Rassenwahn, Hass und Krieg. Sie hatten noch nie eine Berechtigung im öffentlichen Raum. Mit einem schnellen Verbot würde auch das Sicherheitsbedürfnis der jüdischen Bevölkerung ernst genommen. Erst in einem zweiten Schritt soll dann auch das Verbot von Symbolen aus anderen Kontexten geprüft werden, was viel aufwendiger und uneindeutiger werden wird.

Wer nun meint, der Bund betreibe hier im wahren Sinn Symbolpolitik, liegt falsch. Mit dem Strafrecht ändert man zwar keine Gesinnung. Aber Gesetze wirken immer auch normativ und schärfen das Bewusstsein für Missstände – während eine Duldung von Extremismus zu einer gefährlichen Banalisierung führt. Ein klar definiertes Verbot von Kernsymbolen der Nazis entspricht zudem einem gesellschaftlichen Konsens – und ist für alle verständlich.